Redaktion, Druck und Verlag von
R. Graßmann,
Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und Schulzenstraße 17
bei O. H. T. Boppe

Stettiner Zeitung.

eis der Zeitung auf der Post vierteljährlich
15 Sgr., in Stettin monatlich 4 Sgr.

Nr. 294. Freitag, 15 Dezember 1871.

Stettin, 14. Dezember.

Ueber die Kinderversorgungskasse „Concordia" der Kölner Lebensversicherungs-Gesellschaft bringt das „Berliner Fremdenblatt" einen Artikel, welcher wegen der genannten Kasse zu ernsten Bedenken Anlaß giebt.

Der Einsender hat 4 Kinder bei der Kasse eingekauft, das eine ist gestorben, nachdem an Beiträgen 188 Thlr. 15 Sgr. eingezahlt waren, die Summe ist für den Einsender vollständig verloren gegangen.

Bei den andern Kindern, welche das volle 21. Jahr erreicht haben:

Beitr. gez. Thlr.	Sgr.	Pf.	im Jahre	erhalten Thlr.	Sg.	d. h. mehr als gez. Thlr.	Sgr.	Pf.
155	25		1867	176	15	20	20	
168	3	3	1868	190		21	26	9
193	7	1	1870	222		28	22	11
193	7	1	1870	222		28	22	11
				Summa		100	2	5

d. h. er hat für diese Kinder außer dem gezahlten Kapitale an Zinsen und Zinseszinsen nur knapp 3½ pCt. erhalten, dagegen das ganze Kapital für das fünfte Kind verloren. Solche Ergebnisse sind in der That unbegreiflich; denn es sollen den Ueberlebenden außer den 3½ pCt. Zinsen und Zinseszinsen noch alle Erträgnisse aus den Beiträgen der inzwischen Verstorbenen oder sonst Ausgeschiedenen an Kapital und Zinsen, sowie noch besondere Beiträge aus den Ueberschüssen der Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Gute kommen. Es sind aber in den betreffenden Klassen von den ursprünglich eingeschriebenen Antheilen

Jahr	eingeschrieben	davon verstarben	ausgeschieden	geblieben
1867	911⅗	93	14⅗	804
1868	1037⅕	93⅗	21⅕	922⅖
1870	1295⅘	135⅕	44	1116⅗

Es hätte also ein viel größerer Betrag zur Auszahlung kommen müssen. Die „Concordia" gewährte darnach nichts Besseres als irgend eine Sparkasse, wenn Zins zu Zinseszinsen geschlagen wird. Und doch besteht zwischen beiden Kassen noch ein sehr großer Unterschied. Bei der Sparkasse haben die Eltern bei einem Todesfall für Kapital und Zinsen nicht den geringsten Verlust zu befürchten, während bei der Kinder-Versorgungskasse der „Concordia" in Köln das ganze Geld noch auf dem Spiele steht, selbst wenn das Kind schon das 21. Lebensjahr erreicht hat, aber in dem Jahre, wo die Ausschüttung stattfindet, nicht bis zum 31. Januar, Mittag 12 Uhr, noch am Leben ist. Von dem geringen Gewinn gehen dann noch die Gebühren für den einzureichenden Taufschein und bei Erhebung des Geldes 15 Sgr. für Stempel und noch einige Portounkosten ab. So erweckt also die Kinderversorgungskasse der „Concordia" in Köln große Erwartungen, täuscht aber bitter, verlangt von den Betheiligten für viele Jahre ein großes Risiko und giebt den Familienvätern nur sehr geringen Gewinn.

Es wird die Pflicht der „Concordia" sein, sich wegen dieser schlechten Ergebnisse, die Staunen erregen müssen, zu rechtfertigen.

Landtags-Verhandlungen.
Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 13. Dezember.

Die 8. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 12¼ Uhr vom Präsidenten v. Forckenbeck eröffnet.

Der Abg. v. Zander (Potsdam) hat sein Mandat niedergelegt.

Das Haus fährt in der Spezial-Diskussion des Etats fort und genehmigt ohne Weiteres 1,500,000 Thaler Zuschuß zur Rente des Kronfideikommißfonds, und geht zur Berathung des Spezialetats der öffentlichen Schuld über.

Geh. Rath Meinecke macht den Vorbehalt, daß, wenn das Herrenhaus das im Abgeordnetenhause angenommene Gesetz wegen Einlösung der 5prozentigen Staatsschulden wider Erwarten nicht rechtzeitig genehmigen sollte, nachträglich die Zinsen mit 1,240,000 Thaler in Ausgabe gestellt werden würden.

Abg. Richter (Hagen): Von den 55 Millionen Thaler Staatspapiergeld in Deutschland kommen 20 Mill. auf Preußen, ausschließlich der 3,200,000 Thaler 1866er Darlehnskassenscheine. Die Appoints, welche jetzt ausgegeben sind, werden die Konkurrenz mit den neuen Goldmünzen nicht aushalten und es wird sich empfehlen, die Staatskassenscheine von 50 und 100 Thlr. einerseits einzuziehen, andererseits mehr Banknoten auszugeben. Wann der Zeitpunkt für die Einziehung gekommen ist, läßt sich nicht sagen; die Konkurrenz der Goldmünzen wird bald eintreten und dann beginnen für den Staat die Schwierigkeiten. Verschwindet aber erst das preußische Papiergeld, so wird auch das andere bald eingezogen werden. — In Betreff der Darlehnskassenscheine besteht eine Einlösungspflicht nicht, aber es wäre gut, dieselben schon dieses Jahr einzuziehen und hierzu 800,000 Thaler, welche zur Verminderung der Schatzscheine verwendet werden sollen, sowie andere Beträge, welche im Etat abgesetzt werden, zur Verminderung der Darlehnskassenscheine zu bestimmen. Ich will an dieser Stelle keinen Antrag stellen.

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner hat eine der wichtigsten Fragen in Anregung gebracht. Ich will nicht auf eine Erörterung der Frage eingehen, wie sie sich an die aufgeworfenen Fragen knüpfen mußte; ich möchte nur Verwahrung dagegen einlegen, daß bei der preußischen Staatskasse die preußischen Darlehnskassenscheine in auffallender Höhe sich ansammeln und Verwendung nicht finden können. Bis zu diesem Augenblicke ist mir keine amtliche Nachricht hierüber zugegangen. Es besteht nicht die leiseste amtliche Klage in dieser Hinsicht. Was die Frage selbst betrifft, so kann sie nur geordnet werden für das ganze Reich. Es kann, wenn sich Deutschland die Aufgabe stellen will, den Gebrauch von Staatspapiergeldern entweder einzuengen oder aufzuheben, sich nur um eine Maßnahme handeln, die für den ganzen Bereich Deutschlands getroffen wird. Indessen ist in dieser Beziehung von Preußen schon bisher mit viel größerer Zurückhaltung zu Werke gegangen, als in den verbündeten Staaten. Wir würden das ungünstige Verhältniß, in dem wir uns relativ zu andern Staaten befinden, nur ungünstiger machen, wenn wir dazu übergehen wollten, eine einseitige Maßregel in dieser Beziehung zu treffen. Ich will dagegen dem Vorredner ankündigen, daß die Staatsregierung sich dagegen, zur Einlösung der Darlehnskassenscheine schon jetzt übergehen zu sollen, entschieden erklären muß.

Der Abg. Richter (Hagen) beantragt, die Regierung aufzufordern, künftig bei den Uebersichten über den Zustand der der Hauptverwaltung der Staatsschulden untergebenen Betriebs- und Depositalfonds in den Anlagen zum Etat auch die Aenderungen im Bestande der Fonds gegen das Vorjahr ersichtlich zu machen und zu erläutern.

Abg. Hänel empfiehlt den Antrag, welchen der Reg.-Kommissar Meinecke erklärt, ohne Weiteres nachkommen zu wollen, wenn die Regierung sich von der Nothwendigkeit solcher Uebersichten überzeugen könnte. Die Verwaltung stehe aber unter der Kontrole der Landesvertretung, die Bücher ständen der Staatsschuldenkommission, welche dem Hause alle Mittheilungen machen kann, zur Einsicht, die Ausführung des Antrags würde also nur die Anlagen zum Etat noch dickleibiger machen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Abg. Richter beantragt ferner, die Regierung aufzufordern, den Fonds von 60,100 Thlr. zur Tilgung und Verzinsung der provisorischen Staatsschulden dem Finanzministerium Behufs Vereinigung mit dem Staats-Aktiv-Kapitalien-Fonds zu überweisen. — Der Fonds sei unnütz und zu Rückständen aus Kurtrierischen Zeiten bestimmt, solche Forderungen würden nicht mehr vorkommen.

Geh. Rath Meinecke weist an einem speziellen Falle „Jude Heimann gegen Oberzier" nach, daß ein im Jahre 1840 als herrenlos erklärtes Depositum jetzt mit 173 Thlr. Kapital und 389 Thlr. Zinsen hat ausgezahlt werden müssen.

Abg. Richter bleibt dabei, daß es zu solchen Zahlungen keines besonderen Fonds bedarf.

Minister Camphausen hat bei aller von ihm beobachteten Zurückhaltung der Staatsschulden-Verwaltung dieser doch einige Fonds lassen wollen. Die vorliegende Frage sei nicht wichtig und besser für eine Verständigung als für die Etatsberathung geeignet. Der Antrag wird zurückgezogen.

Der Etat selbst wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats des Handelsministeriums.

Ministerial-Direktor Mac-Lean erläutert zur Einleitung der Generaldebatte den Etat.

Abg. Schmidt (Stettin) legt folgenden Antrag vor: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in die Vorberathung des genannten Etats erst einzutreten, nachdem von der Staatsregierung zu den Angaben im Ordinarium Tit. 14 Stromregulirungen und Hafenbauten (800,000 Thlr.), Titel 17, zu Chaussee-Neubauten (1,000,000 Thlr.); im Extraordinarium Tit. 1 zu Land- und Wasser-Neubauten und öffentlichen Arbeiten (2,500,000 Thlr.); die spezialisirten Nachweisungen der Verwendung; Titel II. zum Neubau eines gemeinschaftlichen Amtsgebäudes zu Koblenz für die beiden Friedensgerichte, das Konsistorium, das Provinzial-Schul- und Medizinal-Kollegium, sowie für die Katasterverwaltung; Titel III. Zuschuß zu den von der Stadt Altona auszuführenden Quaibauten auf Höhe von 150,000 Thlr. als erste Rate die Baupläne, ebenso zu Titel IV. Zuschuß zum Chaussee-Neubaufonds (600,000 Thlr.) detaillirte Darlegungen der Verwendung vorgelegt sind.

Abg. Wachler beantragt die Berathung dieses Etats so lange zu vertagen, bis die Kommissarien des Hauses ihre Berathungen über diesen Antrag beendet hätten.

Ministerial-Direktor Mac-Lean erklärt, daß die Konferenzen zur Feststellung der Verwendungspläne auf heute im Handelsministerium anberaumt gewesen seien, wegen der Plenarsitzung im Abgeordnetenhause aber nicht hätten stattfinden können.

Nach kurzer Diskussion wird die Vertagung ausgesprochen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung Morgen 11 Uhr. Tages-Ordnung: Konsolidationsgesetz nebst Rechenschaftsbericht, Entwürfe wegen Ablösung Wiesbaden'scher Reallasten, Abänderung einiger Wahlbezirke, Etat, Domainen und Forsten.

Deutschland.

Berlin, 13. Dezember. Die „Prov.-Korresp." bespricht die Kundgebungen in Petersburg und Paris über die Beziehungen zum deutschen Reiche. Ueber den Toast des Kaisers Alexander sagt das halbamtliche Blatt:

Se. Majestät der Kaiser Alexander von Rußland, welcher im Laufe der letzten Jahre und besonders während des jüngsten Krieges so entschiedene thatsächliche Beweise seiner aufrichtigen Freundschaft für Preußen gegeben, hat soeben bei dem Festmahl am St. Georgstage seiner herzlichen Gesinnung für unser Königshaus und Volk von Neuem den unumwundensten Ausdruck verliehen. Diese erhabenen Worte, welche mit dem Blick in eine große Vergangenheit eine feierliche Kundgebung für die Gegenwart und Zukunft verbinden, werden überall in Deutschland als Bestätigung der seitherigen Zuversicht in Bezug auf die Stellung der beiden großen Nachbarstaaten freudigen Wiederhall finden; sie werden zugleich den Widersachern Deutschlands, welche bei ihren Plänen auf ein Erkalten unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland rechneten, eine ernste Belehrung und Warnung sein.

Andrerseits giebt die „Provinzial-Korrespondenz" auch ihre Befriedigung über den Abschnitt der Botschaft des Herrn Thiers kund, welcher sich auf das Verhältniß zu Deutschland bezieht; sie sagt darüber:

Die Aeußerungen des Präsidenten der französischen Republik sind erneuter Beweis der Besonnenheit und Klarheit, mit welcher derselbe die gegenwärtige Lage Frankreichs erkennt, und der Festigkeit, mit welcher er seine Ueberzeugung von dem, was Frankreich in dieser Lage frommt, auch gegenüber unbesonneneren und leidenschaftlicheren Auffassungen geltend zu machen entschlossen ist. Die wiederholte und rückhaltlose Erklärung, daß Frankreich von seinem feierlich gegebenen Wort nicht abweichen wolle, darf als neue Bürgschaft für den ernsten und aufrichtigen Willen der jetzigen Regierung aufgenommen werden, ihrerseits die Gedanken des Friedens zu entscheidender Geltung zu bringen; gegenüber den Stimmungen eines großen Theils der Bevölkerung, wie sie sich neuerdings bekundet haben, ist es der Regierung als ein Beweis moralischen Muthes anzurechnen, daß sie sich nicht gescheut hat, sowohl die Rachegefühle im Volke, als auch die Verirrungen französischer Rechtsprechung öffentlich zu rügen.

Berlin, 14. Dezember. Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe nun auch den Entwurf eines Etatsgesetzes für die Verwaltung in Elsaß-Lothringen pro 1872 zugehen lassen. Nach der „D. A. Z." umfaßt der dem Gesetz beigefügte Etat die Ausgaben für die Oberpräsidien, Bezirkspräsidien, Bezirkshauptkassen, Kreispolizeidirektionen in Straßburg und Metz, Kreisschulinspektoren, Kantonalpolizeidirektionen, Verwaltung für indirekte Steuern, Zölle und der Enregistrements und Forstdirektionen mit 1,069,100 Thaler. Die Zahl der jetzt anzustellenden Beamten ist, wie ausdrücklich bemerkt wird, nach den bisherigen Erfahrungen möglichst knapp bemessen, weil angenommen wird, daß nach Beendigung der jetzt in Ausführung begriffenen Organisationsarbeiten die Arbeitslast sich vermindern möchte. Dagegen sind die Fonds für außerordentliche Arbeitshülfe so bemessen, daß etwa fehlende Arbeitskräfte während der Uebergangsperiode beschafft werden können, ohne den Etat dauernd zu belasten. Aber auch die etatsmäßigen Stellen werden nicht sämmtlich mit definitiv angestellten Beamten, sondern zum Theil mit Hülfsarbeitern besetzt, wodurch ermöglicht wird, jüngere Beamte zu erproben und heranzubilden, sowie solche, welche für eine Stelle nicht passen, in eine andere zu versetzen. Ein Drittheil der Stellen der bisherigen Beamtenkategorien (Räthe, Sekretariatsbeamte) wird durch Hülfsarbeiter besetzt. Die sämmtlichen Beamten zerfallen in 2 große Gruppen und in 19 Klassen, deren erste 10 mit dem Oberpräsidenten beginnen und mit den Kanzleidienern und Boten abschließen, während die folgenden 9 spezielle Fächer umfassen, mit den Landrentmeistern beginnen und mit den Schutzleuten schließen.

— Der „Reichs-Anz." veröffentlicht das Programm, den Entwurf zu einem Parlamentsgebäude für den deutschen Reichstag betreffend. Das Gebäude soll auf der östlichen Seite des Königsplatzes errichtet werden, und zwar sollen die vortretenden Theile desselben sich innerhalb der auf dem anliegenden Situationsplane angedeuteten Baufluchtlinien halten, die auf der Westseite der Baustelle anzuordnenden Vorbauten dem Mittelpunkte des Siegesdenkmals sich nicht mehr als 170 Meter nähern.

— Der „Wes.-Ztg." wird aus angeblich guter Quelle mitgetheilt, daß der Abschluß des definitiven Vertrages mit Sumada Brothers wegen der Lieferung der beiden Panzerschiffe „Metz" und „Sedan" erfolgt sei. Ferner meldet das genannte Blatt: „Wie vorauszusehen war, sind die finanziellen Mittel der Marineverwaltung zur Bestreitung der hierdurch verursachten Kosten (4—5 Mill. Thlr.) und zu gleichzeitiger Fortführung der Schiffsbauten und Werftbauten im Inlande unzureichend, so daß jetzt bereits eine Beschränkung und theilweise Einstellung der befohlenen Bauten hat angeordnet werden müssen. Dadurch wird natürlich die Vollendung der Etablissements in Kiel und Wilhelmshaven wiederum verzögert." — Dem entgegen kann die „N. A. Ztg." mittheilen, daß keinerlei Bauten der Marine-Verwaltung sistirt worden sind; es wird vielmehr auf allen Gebieten mit aller Kraft gearbeitet.

— Es waren bisher noch Differenzen zwischen Baden und Preußen in Bezug auf die Unterstellung des badischen Militärs unter die preußische Militär-Kirchenordnung vorhanden. Dieselben sind jetzt, wie die „Elb. Z." bestimmt hört, ausgeglichen. Preußen würdigt die Gründe der badischen Generalsynode und verzichtet auf die Unterstellung.

Breslau, 13. Dezember. Freiherr v. Ende soll, wie die „Schles. Ztg." wissen will, zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf designirt sein.

Schwerin, 13. Dezember. Der Großherzog und die Frau Großherzogin werden am 27. oder 28. d. M. eine Reise nach dem Orient antreten und etwa nach 4 Monaten nach Schwerin zurückkehren. In der Begleitung derselben wird sich u. A. der Geheime Legationsrath v. Schack aus München befinden. — Der Kaiser von Rußland hat bei Gelegenheit der St. Georgsfeier dem Prinzen Paul Friedrich und dem Erbgroßherzoge den St. Georgsorden verliehen.

Ausland.

Wien, 12. Dezember. Das in Petersburg gefeierte Stiftungsfest des St. Georgs-Ordens ist heute in allen hiesigen Zeitungen zum Gegenstande umfangreicher Leitartikel gemacht. Die Einladung des preußischen Prinzen Friedrich Karl und anderer preußischen Generale zu diesem Feste und vor allem der Toast des Kaisers Alexander werden dahin gedeutet, daß dadurch den Renommistereien des Herrn Thiers mit der Freundschaft Rußlands für Frankreich eine Abfertigung habe ertheilt werden sollen. Statt der Aussicht auf eine gegen Deutschland gerichtete französisch-russische Allianz eröffne Kaiser Alexander Europa Aussicht auf eine Aera des Friedens und der gesetzlichen Ordnung, und habe als auf deren beste Garantie auf die Unverbrüchlichkeit der freundschaftlichen Beziehungen Rußlands und Deutschlands sein Glas geleert. Wenn nun auch die Deutung nahe liegt, daß der russische Kaiser, gerade vielleicht im Hinblick auf die Neigungen des unter deutschfeindlichen Einflüssen stehenden Thronfolgers, seiner Freundschaft für den deutschen Kaiser einen so demonstrativen Ausdruck gegeben habe, um damit einen künftigen Charakterwechsel der russischen Politik zu erschweren, so sei doch zum mindesten bei Lebzeiten des Kaisers Alexander II an eine Störung des Friedens zwischen Rußland und Deutschland nicht zu denken und Frankreich würde also schon für einige Zeit seine Revanchegelüste bezähmen müssen; nach Abtragung des Restes der Kriegsentschädigung, wovon die Franzosen nicht entbunden werden würden, würde ihnen aber ihre Finanzlage das Kriegspielen verbieten. Von österreichischem Standpunkte aus erklären sich nun die Wiener Blätter ganz damit einverstanden, daß Europa „nach den schrecklichen Erschütterungen der letzten Jahre" (Worte Andrassi's in seinem Rundschreiben) endlich einmal zur Ruhe komme; Oesterreich speziell habe allen Anlaß, die gewonnene Ruhepause als Frist zur Konsolidirung der Monarchie aufs Freudigste zu begrüßen und aufs Energischste zu benützen.

Wien, 11. Dezember. Als sich das Ministerium Auersperg mit einem Programmartikel von lakonischer Kürze inaugurirte, mochte man hie und da glauben, es verberge sich hinter dieser Einsilbigkeit ein weitläufiger „geheimer Plan". Indessen tritt

immer mehr zu Tage, daß das neue Ministerium sich durchaus nicht im Besitze irgend eines Wunderelixirs wähnt, mittelst dessen es gleich im Anfange seiner Aktion eine frappante Wendung einzuführen sich einbildet. Die ganze Regierungskunst soll vorerst darin bestehen, einen verfassungsmäßigen und beschlußfähigen Reichsrath mit einer halbwegs ansehnlichen verfassungstreuen Majorität zu Stande zu bringen. Gar so leicht wird auch das nicht sein, da von einer Wahlagitation unter den obwaltenden Umständen nicht viel zu erwarten ist und die Neuwahlen sich so ziemlich in dem Geleise bewegen dürften, in welches sie unter dem vorigen Regime gebracht wurden. Gewisse Landtage, wie der von Vorarlberg und der von Krain werden nur der Opposition einen Zusatz verschaffen; in Betreff anderer ist der Zusatz noch sehr problematisch, da sich die ultramontanen Elemente der Wählerschaften viel strammer in der Organisation zeigen, als die Verfassungspartei, unter der es sogar heute schon Manchen giebt, der aus verletzter Eitelkeit oder weil ihm die neue Regierung zu wenig radikal ist, die Hände müssig in den Schooß legt und Alles gethan zu haben meint, wenn er nicht geradezu gegen die Regierung hetzt und schürt. Jedenfalls wird der nächste Reichsrath eine sehr verzwickte Physiognomie haben und keineswegs den Charakter besitzen, der nothwendig wäre, um unter seiner Mitwirkung an die Lösung legislatorischer Aufgaben heranzutreten. Das will ihm denn auch die Regierung gar nicht zumuthen. Ihre Absicht geht einzig dahin, sich das Budget für 1872 votiren zu lassen und zwar so, daß sie aus der schleunigen Erledigung desselben eine Kabinetsfrage machen und nur die Frage, wie das zu erwartende Defizit zu decken sei, offen lassen wird, da ja die Lösung dieser Frage erst in der letzten Periode des Verwaltungsjahres einen praktischen Werth erlangen dürfte. Unmittelbar nach Erfüllung dieser seiner Aufgabe würde der Reichsrath und desgleichen die Landtage aufgelöst, und die Regierung behielte Muße, um bis zur Ausschreibung der Neuwahlen — also etwa bis zum Hochsommer — die Vorlagen über die Wahlreform und über andere Gegenstände der Gesetzgebung auszuarbeiten. Tritt also der Reichstag, wie beabsichtigt, am 27. Dezember zusammen — und er muß dies, um sofort die Steuererhebung für die ersten Monate des neuen Jahres zu votiren — so kann er seine Aufgabe binnen einem Monate füglich gelöst haben. Mittlerweile würde die Regierung sich auch orientirt haben, um die erforderlichen Veränderungen im Verwaltungspersonal vorzunehmen und der Wahlbewegung auch nach dieser Richtung hin den Boden zu ebnen, wie sie ja auch den Intriguen der Deklarantenpartei durch ein neues Gesetz einen Riegel vorzuschieben beabsichtigt.

Pest, 9. Dezember. Der Umstand, daß die maßgebenden Organe in Deutschland das Antritts-Cirkular des Grafen Andrassy mit freundlichem Entgegenkommen aufgenommen, hat in Ungarn den besten Eindruck hervorgebracht und die in Entwickelung begriffenen Sympathien für Deutschland befestigt.

Die auswärtige Politik des Grafen Andrassy wird nicht blos von der Deakpartei unterstützt, sondern auch die Partei der gemäßigten Linken hat in ihrer letzten Konferenz den Beschluß gefaßt, dem Minister des Aeußeren keine Schwierigkeiten zu bereiten, somit steht hinter dem Programm Andrassy's ganz Ungarn mit Ausnahme der äußersten Linken, die man unter den jetzigen Verhältnissen nicht „ernst" nehmen kann. Vom ungarischen Standpunkte aus ist Oesterreich-Ungarn eine Vormauer des deutschen Reiches und wir werden gewiß jede Aktion nach Außen zu dem Zwecke benutzen, um die Interessen Deutschlands in jeder Beziehung zu fördern. Wird diese Aktion nun von irgend welcher Seite immer gelähmt, so würden nur die Gegner Deutschlands aus diesem Umstand einen Nutzen ziehen. Wir können unsere Behauptung mit einer Thatsache aus den letzten Tagen schlagend beweisen und wollen, den ungarischen Standpunkt unzweifelhaft klar zu legen, eine kleine Indiskretion nicht scheuen.

Es war in den Augusttagen 1870. Graf Beust hatte den Kaiser Franz Joseph überzeugt, daß eine Intervention zu Gunsten Frankreichs unbedingt nothwendig sei. Sie wurde beschlossen und Graf Andrassy telegraphisch avisirt. Letzterer eilte nach Wien und bot dem Kaiser seine Demission mit folgenden, unter uns Ungarn wohl bekannten Worten an: „Majestät! Eine Intervention zu Gunsten Frankreichs würde in Ungarn auf Widerstand stoßen; aber selbst im Falle, daß es möglich wäre — was ich nicht glaube — Ungarn mitzureißen, so würde ich dennoch meine Demission einreichen müssen, denn eine solche Politik ist gegen meine Ueberzeugung."

Die angebotene Demission des Grafen Andrassy war der Wendepunkt, dem wir die Erhaltung des europäischen Friedens verdanken. Diese Thatsache ist den deutschen Staatsmännern bekannt und hatte wahrscheinlich auch auf die Entrevue Bismarcks und Andrassy's einen entscheidenden Einfluß. Das Vertrauen, welches dieses zwei Staatsmänner einander entgegenbringen, wird in nächster Zukunft auch von den Völkern getheilt werden. Unsere gemeinsamen Gegner haben bereits alles versucht, um in Ungarn gegen Deutschland zu hetzen.

Ihr Plan scheiterte an der staatsmännischen Einsicht und Charakterfestigkeit des Grafen Andrassy. Unsere Aufgabe ist es nun, die gegenseitigen Sympathien der Völker in Oesterreich-Ungarn und Deutschland der Art zu befestigen, daß einer Rückkehr zu solchen Tendenzen, wie wir sie unter dem Grafen Beust verlebt, nicht mehr möglich werde.

Prag, 13. Dezember. Heute Nachmittag 3 Uhr wurde die Leiche der hier verstorbenen Prinzessin Therese von Oldenburg nach dem Staatsbahnhofe geleitet, um von dort mittelst Extrazuges in die Familiengruft nach Petersburg übergeführt zu werden. Die ganze dienstfreie Garnison war unter Befehl des Herzogs Wilhelm von Würtemberg ausgerückt und bildete vom Trauerhause bis zum Staatsbahnhofe Spalier. Als Vertreter des Kaisers fungirte der Generalmajor Pejacewic.

Bern, 13. Dezember. Nach hier eingegangenen Berichten vom Telegraphen-Kongreß in Rom hat derselbe beschlossen, daß außer den Beamten, welche den Vertretern der Telegraphenverwaltungen beigegeben sind, auch die Vertreter der Privat-Telegraphengesellschaften zu den Sitzungen zugelassen werden können. Es bedarf jedoch für jeden einzelnen Fall der Genehmigung des Präsidenten des Kongresses. Die Zulassung giebt nur das Recht, an den Debatten theilzunehmen, nicht aber an den Abstimmungen.

Paris, 11. Dezember. Die Postverhandlungen sollen einen guten Verlauf nehmen und der Abschluß des Vertrages in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Bekanntlich beharrte die französische Regierung bisher auf dem uniformen Satz von 40 Cent. für ganz Deutschland, was für die Grenzbezirke in Süddeutschland (von Elsaß-Lothringen ganz abgesehen) eine Erhöhung von 10 Cent. ausmachen würde. Wie es heißt, hoffen die deutschen Unterhändler es durchzusetzen, daß ein, wenn auch nicht ausgedehnter Rayon mit dem Satz von 30 Cent. begünstigt wird. Elsaß und Lothringen würden demnach allein von diesem Zugeständniß Vortheil ziehen.

Versailles, 11. Dezember. Die „Korr. Havas" meldet: „Die Auftritte in der National-Versammlung haben einen peinlichen Eindruck zurückgelassen. Auch republikanische Mitglieder sprechen ihr Mißfallen über diese von der äußersten Linken hervorgerufenen Scenen aus. So trat nach dem Zwischenfall von Sonnabend der Deputirte von Pressense (protestantischer Geistlicher) auf Herrn Ordinaire mit den Worten zu: „Sehen Sie denn nicht, daß Sie die Republik tödten?" — Man sagt, daß Herr Thiers sehr überrascht war über die fast einstimmige Opposition, der seine Ideen über die Militär-Reorganisation begegneten. Es wird nächstens eine Berathung zwischen ihm und den Generalen, welche Mitglieder der Armee-Kommission sind, stattfinden, in welcher Herr Thiers nochmals versuchen wird, seinen Ansichten Eingang zu verschaffen. Herr Ernst Picard, der neue französische Gesandte in Brüssel, ist heute von dort hier angekommen und wurde diesen Morgen vom Präsidenten empfangen.

Ueber die Entschlüsse der Prinzen von Orleans ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Nach dem „Ordre" würde der Herzog von Aumale sich in der Form eines Briefes an einen Freund aussprechen, der im „Journal des Debats" erscheinen würde. Er würde in diesem „Manifest" sich über die Stellung ausführlich äußern, die ihm durch die Verpflichtungen bereitet worden sei, welche er einerseits gegenüber Herrn Thiers, andererseits gegenüber seinen Wählern habe.

Nach dem „Journal de Paris" hat der Minister Casimir Perier verlangt, in der Kommission gehört zu werden, welche den Antrag des Grafen Duchatel, betreffend die Rückkehr nach Paris, zu prüfen hat.

Das Kriegsgericht, welchem die Angelegenheit des General Cremer überwiesen worden ist, hat, wie das „Siècle" vernimmt, seine Entscheidung gefällt. Cremer, dessen Entlassungsgesuch von dem Kriegsminister zurückgewiesen worden war, wird jetzt im Strafwege abgesetzt. Diese Strafe der „Reform" hat die Folge, daß der Entlassene später nicht mehr in Aktivität treten kann und seinen Pensionsanspruch verliert.

Rom, 12. Dezember. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe seiner Rede schlug der Finanzminister Sella zur Hebung der Finanzlage des Landes und Beseitigung des Defizits vor, daß der gesammte Staatsschatzdienst 5 Banken anvertraut und eine Vermehrung der Nationalbankbillets bis zur Höhe von 1000 Millionen vorgenommen werde. Daneben sei eine von Geweben, Petroleum zu entrichtende neue Steuer und eine Erhöhung der Einregistrirungs- und Stempelgebühren bis zum Gesammtbetrage von 30 Millionen in Aussicht genommen. Durch die fernere fakultative Umwandelung des Nationalanlehens in eine konsolidirte Rente, sowie durch eine Operation mit Kirchengüter-Obligationen werde sich das Erträgniß aller dieser Finanzquellen auf die Summe von 730 Millionen steigern lassen, mit welcher im Laufe der nächsten 5 Jahre das Defizit vollständig gedeckt werden könne. Der Minister schloß mit der Erklärung: „Es sei an der Zeit, konservative Politik zu treiben." — Das Expose wurde von der Kammer sehr gut aufgenommen.

London, 13. Dezember. In einem Meeting der Internationalen theilte Serailler mit, daß die Reorganisation der Gesellschaft in ganz Frankreich rasche Fortschritte mache. — Die Diensteinstellung der Telegraphen-Beamten in Manchester, Liverpool, Glasgow und Dublin ist nunmehr beendet, nachdem sich die Beamten den Anordnungen der Oberbehörden gefügt haben.

London, 13. Dezember. Das heute Morgen 8 Uhr ausgegebene Bulletin über das Befinden des Prinzen von Wales meldet: Der Prinz hat auch die verflossene Nacht unruhig zugebracht. In seinem Zustande ist keine Besserung eingetreten.

Belgrad 13. Dezember. Die Nachricht von einem bevorstehenden Wechsel des Ministeriums entbehrt, wie von unterrichteter Seite versichert wird, jeder thatsächlichen Begründung.

Provinzielles.

Stettin, 14. Dezember. In der gestrigen Monatsversammlung des „Stettiner Zweig-Vereins der pommerschen ökonomischen Gesellschaft" bildeten geschäftliche Mittheilungen den ersten Punkt der Tagesordnung. Hieraus ist hervorzuheben, daß von Herrn von Ramin-Schmagerow eine Reihe von Fragen aufgeworfen sind, woraus der Herr Vorsitzende beauftragt wird, eine Auswahl zur Verhandlung in der nächsten Versmmlung zu treffen. Es befindet sich darunter die Frage der positiven Wohnungsnoth in Städten gegenüber der negativen auf dem Lande. Ferner wird mitgetheilt, daß sich in Berlin eine Gesellschaft unter dem Titel „Norddeutscher landwirthschaftlicher Bankverein" zur Hebung des persönlichen Kredits der Landwirthe gebildet. Herr Rahm (Firma Rahm und Dietrich) hierselbst ist Agent dieser Genossenschaft. — Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Berichterstattung des Vorsitzenden Herrn G. A. Töpffer über die Kösliner Generalversammlung, spricht Herr Ahrens seine Verwunderung darüber aus, daß in den Berichten hiesiger Blätter über jene Versammlung die dort verhandelte so hochwichtige Frage wegen Transitirung des russischen und ungarischen Steppenviehs durch Preußen gänzlich übergangen sei. Herr Major v. Kaphengst bemerkt, die Erlaubniß, jenes Steppenvieh durch Preußen zu transitiren, sei gleichbedeutend mit zollfreier Einführung der Rinderpest und einem Diebstahl am nationalökonomischen Vermögen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Verwerthung der Milch durch Käsefabrikation, wird von Herrn Baron v. Troschke auf Fürstenflagge ein Vortrag erwartet. Derselbe glaubt indeß, davon Abstand nehmen zu können, weil über diese Frage belehrende Bücher und Schriften in Menge existiren, wirft dagegen aber die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig sei, zur Hebung der Rindviehzucht überhaupt jährlich in Stettin eine Zuchtviehschau, verbunden mit Viehmarkt, abzuhalten? Herr Nobbe-Pinnow stimmt dieser Ansicht bei, verlangt aber die unbedingte Ausschließung der Händler bei solchem Markte. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wählt die Versammlung die Herren v. Troschke-Fürstenflagge, Nobbe-Pinnow, Schemel-Duchow, Zitelmann-Gasenitz, Heydemann-Tantow, Nicolai-Hohenselchow, v. Ramin-Schmagerow, Bülow-Wilhelmshof und Schiffmann jr. Glien zu Mitgliedern einer Kommission, welche über jene Frage berathen und in nächster Versammlung berichten solle.

— Von mehreren hiesigen Kaufleuten ist eine Einladung zu einer Versammlung am 20. d. Mts., Abends 8 Uhr im großen Börsensaale Behufs Konstituirung eines Vereins „zur Anstrebung transatlantischer Geschäftsbeziehungen" erlassen. In der bezüglichen Einladung heißt es u. A.: „Es ist Thatsache, daß Stettin im transatlantischen Handel nicht diejenige Stellung einnimmt, welche ihm vermöge seiner günstigen geographischen Lage gebührt. Der Hauptgrund dafür ist ohne Zweifel der, daß unsere jungen Kaufleute bisher zu wenig ins transatlantische Ausland gegangen sind. Wir beabsichtigen daher, einen Verein zu gründen, der sich die Aufgabe stellt, das Hinausgehen junger Leute nach außereuropäischen Plätzen anzuregen und zu erleichtern."

— Nach dem neuesten „Militär-Wochenblatt" ist u. A. Witte, Major und etatsmäßiger Stabsoffizier im pomm. Husaren-Regt. Nr. 5 unter Stellung à la suite des Regiments nach Würtemberg Behufs Uebernahme eines Regiments-Kommando's kommandirt, v. Netzer, Major und Kommandeur des pomm. Jäger-Bats. 2, in das 3. magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 66, v. Walther, Major und Kommdr. des 2. schles. Jäger-Bats. Nr. 6, in gleicher Eigenschaft zum pomm. Jäger-Bat. Nr. 2 versetzt, Baumann, Maj. aggr. dem Gen.-Stabe der Armee, unter Entbindung von seinem Kommando als Generalstabs-Offizier bei dem Ober-Kommando der Okkupations-Armee in Frankreich und unter Stellung à la suite des Gen.-Stabes der Armee, zum Direktor der Kriegsschule in Anklam ernannt, Ritgen, Ob.-Lieut. á la suite des 1. pomm. Ulan.-Regts. Nr. 4, unter Belassung in seinem Verhältniß als Direktor der Kriegsschule in Hannover, à la suite des Generalstabes der Armee gestellt, Szmula, Maj. à la suite des Generalstabes der Armee und Direktor der Kriegsschule zu Anklam, mit Pens. und der bish. Unif. der Abschied bewilligt.

— Bei der heutigen Zählung der Stimmzettel zur Wahl der Vorsteher der Kaufmannschaft sind gewählt: Geh. Kommerzienrath Rahm, Geh. Kommerzienrath Brumm, Haker, Petsch, Konsul Theune, Kommerzienrath de la Barre, Kommerzienrath Quistorp, Bettenstädt, Grawitz; zu Stellvertretern wurden gewählt: Ivers, Ziemssen und Kühnemann.

— In der Woche vom Sonnabend, den 2. bis Freitag, den 8. Dezember incl., sind nach amtlichem Berichte gestorben 19 männliche und 18 weibliche, Summa 37. Todtgeboren 2 männliche, 0 weibliche, Summa 2. Davon waren 11 in dem Alter unter 1 Jahr, 6 von 1—5 Jahren, 0 von 6—10, 2 von 11—20, 3 von 21—30, 6 von 31—50, 8 von 51—70 Jahren, 4 über 70 Jahre. Gestorben sind an Lebensschwäche bald nach der Geburt 1, Abzehrung (Atrophie) der Kinder 1, Krämpfe und Krampfkrankheiten der Kinder 1, Durchfall und Brechdurchfall der Kinder 0, Keuchhusten 0, Bräune und Diptheritis 4, Masern 0, Scharlach 0, Pocken 3, Unterleibstyphus 0, Typhus recurr. 0, Wochenbettfieber 0, Ruhr 0, Katarrhal. Fieber und Grippe 0, Gelbsucht 0, Rheumatismus 0, Schwindsucht (Phthisis) 9, Krebskrankheiten 1, organische Herzkrankheiten 2, Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen 5, Entzündung des Unterleibs 1, plötzliche Todesfälle (Schlagfluß) 3, Gehirnkrankheiten 2, andere entzündliche Krankheiten 1, andere chronische Krankheiten 1, Altersschwäche 1, Selbstmord 0, Unglücksfälle 0, Magen-Entzündung 0, Blutfleckenkrankheit 0, Croup 0, Nervenschlag 0, andere Krankheiten 1.

□ **Stralsund**, 13. Dezember. Endlich haben wir hier einen wichtigen Schritt vorwärts gethan und nach langen Kämpfen und Verhandlungen ein aus freien Wahlen hervorgegangenes Kollegium erhalten. Hiermit zusammenhängend ist die Oeffentlichkeit der Sitzungen des bürgerschaftlichen Kollegiums, die von Wichtigkeit und großem Einfluß für das Gedeihen unseres Gemeindelebens ist. Es herrschte über diesen Punkt bei vielen früheren Kollegiasten, die gewöhnlich eingefleischte Stralsunder waren, eine solche engherzige Beschränktheit, daß sie das Lächeln jedes Fremden erregen mußte. Die harmlosen Leute hatten vor der Oeffentlichkeit eine solche Scheu, wie mancher vor dem Fegefeuer, und thaten, als ginge die alte Ordnung aus den Fugen, wenn das Dunkel, was zuweilen oft nur Unbedeutendes verbarg, gelüftet werden sollte. Jetzt haben wir nicht allein Oeffentlichkeit der Sitzungen, sondern auch vorherige Bekanntmachung der Verhandlungen in denselben durch die Zeitung — und siehe da, es geht Alles so ruhig wie vorher und vielleicht noch besser. — Auch in unserer Nachbarstadt Loitz, die noch mit ihrer alten wurmstichigen Verfassung beglückt wird, beginnt es sich schon nach Licht und Luft zu regen. Der dortige Bürgerverein hat bereits Schritte zur Reform der Stadtverfassung gethan, und um seines Erfolges mehr sicher zu sein, diejenigen kleineren Städte Vorpommerns, welche noch die alten Verfassungen haben, zu einem gemeinsamen Vorgehen aufgefordert. Doch als ein charakteristisches Zeichen muß erwähnt werden, daß aus diesen Städten kein Laut des Widerhalles sich kund gegeben hat. Früher war das doch anders, wo man fest zusammenhielt für Selbstständigkeit und Recht.

Literarisches.

In dem Verlage von Adolph Wolf in Dresden erscheint seit Oktober 1871 eine neue illustrirte Zeitschrift „Die Bunte Welt", herausgegeben von Wilh. Uhland. Diese Zeitschrift hat nichts gemein mit den Unternehmungen, die jetzt wieder mehrfach hervorgetreten und dem Publikum für scheinbar billigen Preis eine für Geist und Gemüth schädliche Kost vorsetzen. Wir haben es vielmehr hier mit einem wirklich gediegenen, mit sittlichem Ernst redigirten und den Ansprüchen des Publikums in Wahrheit entsprechenden Volksblatt zu thun, welches sich in jeder Familie sehen lassen darf und sich auch gewiß bald einen großen Leserkreis gewonnen haben wird. Aehnlich der Gartenlaube, aber zum Theil nicht so hoch gehalten wie diese, also noch mehr für das Verständniß und die Bedürfnisse des Bürgerstandes berechnet, bietet diese Zeitschrift, nach den uns vorliegenden Heften zu urtheilen, reichen Stoff zur Unterhaltung und zur Belehrung. Die Hefte sind mit großen schönen Holzschnitt-Illustrationen ausgestattet und erhalten außerdem in den beigegebenen Farbendruckbildern eine Zugabe, die für Jedermann schätzenswerth sein dürfte. Der Preis von 5 Sgr. pro Heft erscheint uns sehr niedrig. Wir zweifeln nicht daran, daß die „Bunte Welt" bald eine bedeutende Verbreitung erlangen wird.

Schiller von Pfingsten bis Weihnacht, eine Erzählung aus dem Jahre 1870. 25 Seiten mit 4 Bildern. Preis 7½ Sgr. Der Verfasser führt uns hier in das Leben einer deutschen Predigerfamilie des Elsaß ein und läßt uns mit ihr das Kriegsjahr, die Belagerung von Straßburg, alle die großen Ereignisse des gewaltigen Jahres durchleben. Das deutsche Gemüth, der Kampf zwischen deutschem Herzen und französischem Dunkel treten uns recht lebendig entgegen, in einer Form, wie sie auch Kindern wohl verständlich ist.

Vermischtes.

Berlin. In der Nacht zum 10. d. M. bestieg ein bisher unbekannt gebliebener Mann an der Ecke der Neuen Wilhelmsstraße und der Linden eine Droschke und gab dem Führer derselben die Weisung, ihn nach dem Hause Universitätsstraße Nr. 4, woselbst sich das Bureau des 2. Polizei-Reviers befindet, zu fahren. An der Ecke der Dorotheen- und Schadowstraße angelangt, vernahm der Kutscher hinter sich einen scharfen Knall, hielt sofort an und öffnete im Beisein des anwesenden Nachtwächters Nelson die Droschke. Der Fahrgast lag in derselben mit völlig zerschmettertem Kopfe, ein abgeschossenes

Pistol neben ihm. Unter einer Damenphotographie mit der Unterschrift: Adelheid v. W. . . ., welche in der Rocktasche des Verstorbenen gefunden wurde, befand sich die Adresse: Dominium Ribbekardt bei Greiffenberg.

— Ueber das bereits erwähnte telegraphisch gemeldete Unglück im Laboratorium zu Madras enthält die „Times of India" weitere Details. Am 17. November schreibt das Blatt, explodirten in der Pulverfabrik zwischen sieben und acht Centner Schießpulver. Das Gebäude flog theilweise in die Luft und vier Eingeborene wurden in unerkennbare Stücke zerrissen. Zum Glück hatten der europäische Oberaufseher und alle anderen Arbeitsleute die Scene des Unfalles 5 Minuten vor dem Eintreten der Katastrophe verlassen, sonst wäre der Lebensverlust ein hundertfach größerer gewesen.

— Als ein Pröbchen der Uneigennützigkeit der Jesuiten ist uns, so schreibt der Rh. M., von gank zuverlässiger Seite mitgetheilt worden, daß dieselben in Essen a. d. R., wo sie kaum ein Jahr ansässig sind, nicht weniger als die gewiß bescheidene Summe von 50—60,000 Thlr. erworben haben, meist aus den Sparpfennigen der Arbeiter.

— Ein Vehmgericht ganz eigener Art wird jetzt in Boston von dortigen Zeitungen ausgeübt. Dieselben veröffentlichen die Namen von jenen reichen Leuten, welche zu den Sammlungen für Chicago Nichts beigesteuert haben.

Telegraphische Depeschen.

Bukarest, 13. Dezember. Die Sektionen der Kammer nahmen die Konvention, betreffend die Eisenbahnangelegenheit, mit einigen Modifikationen und großer Majorität an.

Wollbericht.

Breslau, 11. Dezember. Wir haben heute über einen Umsatz von ca. 1400 Ctr. zu berichten, wobei jedoch einige uns erst nachträglich bekannt gewordene Verkäufe der Vorwoche mit einbegriffen sind. Das erwähnte Quantum bestand: in schlesischen, posenschen und polnischen Einschuren, in Gerber- und Lammwollen, (letztere ungarischen Ursprungs) sowie in Kolonialwollen. Käufer waren: inländische Fabrikanten, sowie dergleichen aus Oesterreich, und hiesige Kommissionäre für den Rhein und Frankreich. Preise unverändert.

Stettin, 14. Dezember. Wetter trübe. Wind W. Barometer 28" 5'". Temperatur Morgens + 1° R. Mittags + 2° R.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco per 2000 Pfd. nach Qualität alter gelber geringer 68—72 Rt., besserer 73 bis 77 Rt. neuer gelber geringer 69—73 Rt., besserer 74—77 Rt., feiner 78—79 Rt., per Dezember 79 Rt. Br., per Frühjahr 80½, ¼ Rt. bez. u. Gd., 80½ Br., per Mai-Juni 81 Rt. Br.

Roggen matt, loco per 2000 Pfund nach Qualität alter geringer 50—52 Rt., neuer 53—54 Rt., feinster 54½ Rt., per Dezember u. Dezember-Januar 53⅞, ¾ Rt. bez., per Januar-Februar 54½ Rt. bez u. Br., per Frühjahr 55½ Rt. bez. u. Gd., 55¾ Br., per Mai-Juni 56 Rt. Br.

Gerste ohne Handel.

Hafer still, loco per 2000 Pfund nach Qualität 42 bis 45½ Rt., per Frühjahr 46 Rt. Gd.

Erbsen still, loco per 2000 Pfund nach Qualität Futter- 48—49 Rt., Koch- 50—51 Rt., Frühjahr Futter- 51¾ Rt. Br.

Rüböl matt per 200 Pfd. loco 27½ Rt. Br., per Dezember 27 Rt. Br., per April-Mai 28 Rt. Br.

Spiritus fest, per 100 Liter à 100 Prozent loco ohne Faß 22⅔ Rt. bez., per Dezember u. Dezember-Januar 22⅔ Rt. bez. u. Gd., per Januar-Februar 22¾ Rt. bez., per Frühjahr 23 Rt. Br., 22⅞ Rt. Gd., per Mai-Juni 23¼ Rt. Br., Juni-Juli $23\frac{7}{12}$ Rt. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 79 Rt., Roggen 53¾ Rt., Rüböl 27 Rt., Spiritus 22⅔ Rt., Winterrübsen 122½ Rt.

Liverpool, 13. Dezbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) 20,000 Ballen Umsatz, davon für Spekulation und Export 6000 Ballen. Fest.

Middling Orleans 10⅜, middling amerikanische 10, fair Dhollerah $7\frac{9}{16}$, middling fair Dhollerah 7, good middling Dhollerah 6¼, Bengal 6⅛, New fair Oomra 7⅝—$7\frac{11}{16}$, good fair Oomra 8, Pernam 9¾, Smyrna 8, Egyptische 9⅞.

Stadt-Theater.

Freitag. **Stradella.** Romantische Oper in 3 Akten